

Wir geben keine Ruhe – gegen rassistische Gewalt

Günter Burkhardt, 20.03.2019 im Deutschen Bundestag

Wir übergeben heute anlässlich des UN-Tages gegen Rassismus unseren Appell »Wir geben keine Ruhe – Gemeinsam gegen Rassismus« mit über 41.000 Unterschriften an den Deutschen Bundestag.

Es gibt allen Grund zur Sorge: Fast 2000 Straftaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte im Jahr 2018, mehr als 300 verletzte Menschen in Deutschland müssen uns alle alarmieren. Rassistische Gewalt muss geahndet werden, der Staat muss die Täter*innen verfolgen. Und damit sie vor Gericht verurteilt werden, müssen die Opfer in Deutschland sein, sonst können sie nicht aussagen. Nicht nur in Brandenburg, Berlin, Bremen oder Thüringen, wo es Erlasse zur vorübergehenden Duldung der Opfer gibt. Wir brauchen eine bundesweite Regelung, die tatsächlich greift und deshalb ist der Deutsche Bundestag gefordert: Er muss das Aufenthaltsrecht ändern, er verabschiedet Gesetze und daher ist der Bundestag der Adressat unseres Apells.

Die Opfer rassistischer Gewalt sind nicht nur körperlich verletzt worden. Es handelt sich nicht nur um einen Angriff auf ihren Körper, es ist ein Angriff auf ihr Menschsein.

Sie müssen das Recht haben auf ein Leben in Würde. Dazu gehört es auch, angstfrei vor Abschiebung zu leben. Der Staat muss den rassistisch motivierten Täter*innen zeigen, dass er sich ihrem schändlichen Anliegen, Menschen aus dem Land zu treiben, entgegenstellt.

Aus Anlass dieses traurigen weltweiten Gedenktages müssen wir uns auch den Ursachen von Rassismus stellen. Rassismus ist Ausdruck einer umfassenden geistigen Krise, in der die Grundlagen des Zusammenlebens in einer zivilisierten Welt aus dem Blick geraten. Wir sind in tiefer Sorge. Wir stehen vor einem rassistisch geführten Europawahlkampf zur der Europawahl: in Deutschland aber auch in ganz Europa. Grundwerte und Menschenrechte drohen zu zerbröseln, wenn elementare Rechte in Frage stehen:

- das Recht auf Leben
- das Recht auf Asyl
- das Recht auf Schutz vor Zurückweisung in Folter und Erniedrigung
- das Recht auf Richter, die unabhängig Recht sprechen und auch das Behördenhandeln kontrollieren.

Der Europäische Gerichtshof hat gestern wegweisende Urteile gesprochen. Er setzt dem Behördenhandeln Grenzen. Nacht und Nebelabschiebungen vorbei an Recht und Gesetz – etwa von der bayerischen Grenze aus direkt nach Griechenland – durch die Bundespolizei sind rechtswidrig. Der EuGH hat klargestellt: das sind Binnengrenzen, es gilt Europarecht, es gibt dort einen Rechtsstaat. Der Seehofer-Deal mit Griechenland, die Willensbekundungen der neuen CDU-Vorsitzenden deutsche Grenzen zu schließen und von dort aus direkt abzuschieben – all das ist rechtswidrig.

Es irritiert, dass unisono in Deutschland diese Urteile so aufgenommen werden, als könne härter an den Grenzen vorgegangen und abgeschoben werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Der EuGH hat den Rechtsstaat und die Verfahrensrechte der Schutzsuchenden gestärkt, willkürlichem Behördenhandeln Grenzen gesetzt.

Das sind aber nicht nur juristische Fragen: Salvini, Orbán und Co. schüren antieuropäische, nationalistische Stimmungen. Und dies verstärkt sich nun im EU-Wahlkampf. Deutschland muss in einem zerbröselnden Europa der Fels in der Brandung sein und das Recht auf Asyl verteidigen. Es ist nicht nur juristisch falsch, sondern auch politisch fatal, massenhaft Asylsuchende nach Griechenland, Italien oder Spanien zurückschicken zu wollen. Die antieuropäische und antideutsche Stimmung wird angeheizt. Südliche Staaten klagen über hohe Zinszahlungen, sehen sich als die Sanierer der deutschen Banken. Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit exorbitant hoch, hier nicht. Und dann soll noch zusätzlich zu diesem Ungleichgewicht die Verantwortung zur Aufnahme aller in der EU ankommenden Flüchtlinge bei ihnen abgeladen werden. Diese Politik der Bundesregierung ist verantwortungslos und gibt Rassist*innen in südlichen EU-Staaten Nahrung.

Heute, am Jahrestag des Inkrafttretens des schändlichen Deals der EU-Staaten mit der Türkei, klagen wir an: Tausende harren auf den griechischen Inseln in Dreck und Elend in de facto Haftlagern aus. Zusätzlich sollen Tausende von Deutschland aus zurück. In 2018 gab es rund 7079 Versuche Flüchtlinge aus Deutschland nach Griechenland zurückzuverfrachten. So viele Übernahmeersuchen wurden gestellt. 17 286 waren es bei Italien. Dass diese Staaten versuchen, ihre Grenzen und Häfen zu schließen, ist nicht zu entschuldigen – hat aber eine Ursache in der fehlenden Solidarität innerhalb der EU.

Morgen, am weltweiten Tag gegen Rassismus, kommen die Staats- und Regierungschefs zusammen. Wir appellieren: Erinnern Sie sich, dass menschenrechtliche Grundlagen den Weg zeigen, um aus den Irrungen von Rassismus und Intoleranz herauszufinden. Es geht um die Frage, ob diese Europäische Union als Wertegemeinschaft in Zukunft noch existiert. Deshalb müssen Deutschland und andere Nichtküstenstaaten einer Verteilung der an Europas Küsten Gestrandeten und der im Mittelmeer aus Seenot geretteten Bootsflüchtlingen zustimmen. Dem Rassismus schürenden Handeln, auch von Staatschefs wie Victor Orbán, müssen Grenzen gesetzt werden. Wir hoffen, dass die EVP dies heute tut. Vor einem Jahr hatte PRO ASYL in einer Kampagne bereits »Keine Orbanisierung Europas!« gefordert und sich an die Vorsitzenden von CDU und CSU, als Orbáns Partner im EU-Parlament, gewendet.

Es geht uns nicht nur um die rassistischen Straftaten gegen Flüchtlinge in Deutschland: Kampf gegen Rassismus heißt heute und in den kommenden Wochen für Menschenrechte auch bei rassistisch geführten Wahlkämpfen einzutreten. Wir brauchen eine europaweite Bewegung für Menschenrechte und Demokratie. Aus diesem Grund ruft auch PRO ASYL zu den europaweiten Demonstrationen am 19. Mai, eine Woche vor der EU-Wahl, auf: Das Motto ist »Ein Europa für alle – deine Stimme gegen Nationalismus.«